Staatsanwaltschaft Verden bestätigt:
Wütender Autofahrer (47) wollte Rathaus in die Luft jagen

Dienstag 11. April 2017 - **Verden (wbn). Wenige Tage nach dem Brandanschlag auf den Neubau des Verdener Rathauses ist die Staatsanwaltschaft in ihren Ermittlungen einen Schritt weiter. Fest steht: Der 47 Jahre alte Mann, der mit seinem Auto seiner Ehefrau in das Gebäude gefahren war, wollte das Gebäude zerstören. Er hatte eine Propangasflasche im Wagen verstaut, die jedoch trotz der großen Hitzeentwicklung nicht explodiert war.**

Außerdem ist nun auch der Grund für den Ausraster bekannt geworden: Die Stadt hatte den Bau eines Mehrfamilienhauses auf dem Nachbargrundstück des 47-Jährigen genehmigt. Nun sitzt er im Gefängnis.

Fortsetzung von Seite 1

Nachfolgend die aktuelle Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Verden:

„Der Brandanschlag auf den Neubau des Verdener Rathauses am frühen Sonntagmorgen sollte zur Zerstörung des Gebäudes führen. Eine zu diesem Zweck in dem Fahrzeug transportierte Propangasflasche explodierte trotz der großen Hitzeentwicklung nicht.

Ein 47-jähriger Mann aus Verden hatte mit dem Fahrzeug seiner Ehefrau die Eingangstür zu

dem Büroneubau des Verdener Rathauses in der Ritterstraße durchbrochen. Das Fahrzeug blieb im Foyer stehen und wurde von dem 47-Jährigen mit einer größeren Menge Benzin in Brand gesetzt. Der Fahrer hatte eine handelsübliche geschlossene Propangasflasche in dem Fahrzeug verstaut. Durch eine Explosion der Gasflasche sollte das Gebäude zerstört werden. Vermutlich durch die eingebaute Sicherheitsvorrichtung kam es nicht zum Zerbersten der Stahlflasche.

Der Tatverdächtige wartete vor dem Gebäude auf Polizei und Rettungskräfte. Er gab sich als Verursacher des Brandes zu erkennen und ließ sich widerstandslos festnehmen.

Der Beschuldigte räumte sowohl gegenüber Vernehmungsbeamten der Verdener Polizei als auch vor dem Haftrichter die Tat ein. Nach seinen bisherigen Angaben wollte er mit der Aktion seinem Ärger über die Genehmigung und Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses auf seinem Nachbargrundstück Luft machen. Einen eigenen Antrag beim Bauamt oder einen Widerspruch gegen eine erteilte Baugenehmigung hatte er nach bisherigen Erkenntnissen nicht eingereicht. Nach seiner Aussage wollte der Beschuldigte durch die beabsichtigte Explosion des Bürogebäudes, in dem sich auch das Bauamt befindet, die von ihm als ungerecht empfundenen Beeinträchtigungen aufzeigen.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erließ der Haftrichter des Amtsgerichts Verden einen Untersuchungshaftbefehl wegen Brandstiftung und dem Versuch des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion. Der Haftrichter stellte den Haftgrund der Schwere der Tat fest. Der bislang unbestrafte Beschuldigte befindet sich jetzt in einer Justizvollzugsanstalt.

Weitere Einzelheiten zum Tatgeschehen und zum Motiv des Tatverdächtigen können mit Rücksicht auf die laufenden Ermittlungen nicht mitgeteilt werden.“